

Bericht über die Entwicklung in POLEN

April 1965

I. <u>POLITISCHE EREIGNISSE</u>	Seite: 1
1) Erkrankung des Außenministers RAPACKI	1
2) Sowjetischer Besuch in Polen	6
3) Kritik an der Labour-Regierung	10
4) CYRANKIEWICZ in Auschwitz	12
5) LENIN heute	14
6) Unterschlagene Statistik	15
II. <u>WIRTSCHAFT UND VERSCHIEDENES</u>	16
1) Viel Sorgen mit dem Handwerk	16
2) Bevölkerungsstatistik	17

- - - - -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) Erkrankung des Außenministers RAPACKI

Am Abend des letzten Karsamstages verteilte der polnische Rundfunk eine Meldung, welche in politischen Kreisen der Hauptstadt große Aufmerksamkeit und zum Teil auch Besorgnis hervorrief: Außenminister RAPACKI hatte einen schweren Herzinfarkt erlitten und mußte die geplante Reise nach Moskau zur Ratifizierung des neuen polnisch-sowjetischen Abkommens aufgeben. An seiner Stelle begab sich sein Stellvertreter, Marian NASZKOWSKI, in die sowjetische Hauptstadt.

RAPACKIs Gesundheitszustand war schon seit langem schlecht. Der polnische Außenminister hatte schon früher zwei Herzinfarkte erlitten, den letzten im Sommer 1963. Seine Ärzte hatten ihm danach größtmögliche Schonung empfohlen, der Minister befolgte aber den ärztlichen Rat nicht, weil er dann auf seine politische Karriere hätte verzichten müssen. Schon bald nachdem er sich etwas erholt hatte, nahm er seine normale Arbeit wieder auf. Anstrengende Auslandsreisen und ermüdende Schreibtischarbeit gehörten dazu. Durch zahllose Intrigen seiner Feinde in der Partei wurde er überdies stark mitgenommen.

Der heute 56-jährige Minister begann seine politische Karriere nicht als Kommunist sondern als Mitglied der Sozialistischen Partei Polens (PPS). Sein Vater gehörte zu den Organisatoren der polnischen Gewerkschaften und des Genossenschaftswesens in Polen. Von der damaligen zaristischen Regierung wurde er deshalb verfolgt und nach Sibirien verbannt. Er übersiedelte später nach Krakau, in den damals österreichisch besetzten Teil Polens, wo relativ viel kulturelle und politische Freiheit herrschte. Dort wuchs der heutige polnische Außenminister auf.

Den Krieg verbrachte RAPACKI in einem deutschen Kriegsgefangenenlager für Offiziere. In den Jahren 1945-48 spielte er eine führende Rolle in der zum "Anschluß" an die Kommunisten verurteilten Polnischen sozialistischen Partei. Zusammen mit dem heutigen Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ gehörte RAPACKI zu den Befürwortern der "Vereinigung" von beiden Parteien, was ihm später einen Kandidatenplatz im Politbüro der im Dezember 1948 gegründeten Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) brachte.

In der völlig von Kommunisten beherrschten PZPR spielte RAPACKI jedoch keine Rolle. Ähnlich wie sein Freund CYRANKIEWICZ war er lediglich Aushängeschild für die ehemaligen Mitglieder der traditionsreichen Sozialistischen Partei. Auch in der Regierung mußte sich RAPACKI zunächst mit zweitrangigen und unbedeutenden Posten begnügen. Er war zuerst Schifffahrtsminister und dann Minister für das Hochschulwesen.

Das Jahr 1956 brachte auch für RAPACKI eine Wende. Er avancierte zum Vollmitglied des Politbüros und übernahm in der Regierung das Außenministerium. In kurzer Zeit erwarb er sich einen Namen in der internationalen Politik. Seinem einnehmenden Äußeren und unbestrittenen politischen Fähigkeiten verdankt er es, daß man ihm in zahlreichen westlichen Hauptstädten mit offener Sympathie begegnete. Diese Tatsache brachte ihm nicht zu unterschätzende Erfolge in einigen kleineren Staaten Westeuropas und auch in den Staaten der nicht engagierten "Dritten Welt".

Obwohl sich RAPACKI auf diese Weise nicht geringe Verdienste erwarb, mißtrauen ihm die Altkommunisten nach wie vor. 17 Jahre nach der erzwungenen Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Partei werden die ehemaligen Sozialisten von diesen Kreisen noch immer als "Fremdkörper" in der Partei betrachtet.

Die Situation verschärfte sich noch, als seit etwa 1960 die "Gruppe der Partisanen" eine politische Rolle in Polen zu spielen begannen. Der Partisanengruppe erschien der in seiner Ausdrucksweise und in seinen Handlungen gemässigte RAPACKI zu "liberal". Den neostalinistischen Antisemiten kam sogar die Tatsache verdächtig vor, daß RAPACKI in seinem Mitarbeiterstab jüdische Genossen förderte.

In seiner Haltung gegenüber den Neostalinisten in der Partei bewies RAPACKI stets Charakter. Er war niemals bereit, seine Freunde zu opfern, um sich auf diese Weise vor Angriffen zu schützen. Für zahlreiche Opfer der neostalinistischen Intrigen und Hetze wurde das von ihm geleitete Ministerium zu einem Asyl.

Die Menschen, die er vor Angriffen schützte, betrachten die Erkrankung des Ministers mit größter Besorgnis, die ihn günstigsten Falles mindestens für ein halbes Jahr zum Pausieren zwingt. Das verlangen die Ärzte diesmal sehr entschlossen. Es ist aber fraglich, ob RAPACKI seine Arbeit auch nach dieser langen Pause wieder aufnehmen kann.

Der Kreis der durch die Erkrankung des Ministers beunruhigten und besorgten Menschen ist aber größer und umfaßt nicht nur die engen Freunde und Schutzbefohlenen. Seit mehr als vier Jahren zeichnet sich in Polen eine Entwicklung ab, die man als sehr bedenklich betrachten muß. Die Kräfte, welche am polnischen Oktober mitgewirkt haben, sind weitgehend politisch entmachteten worden. Gleichzeitig wurden viele einflußreiche Positionen in der Partei und der Verwaltung von den Vertretern des antiliberalen Flügels der Partei besetzt. Diese Entwicklung wird zweifellos von GOMULKA und seinen nächsten Mitarbeitern toleriert, wenngleich er sie schon mehrfach gestoppt und verlangsamt hat.

Am eindrucksvollsten geschah es im Frühsommer vorigen Jahres während des Parteitages der PZPR. Dies geschah aber lediglich deswegen, weil die Partisanen und Natoliner (einzelne Fraktionen innerhalb des neostalinistischen Flügels der Partei) allzu offen ihren Appetit auf die Macht zeigten und GOMULKA sich dadurch in seiner eigenen Position als Parteichef bedroht sah. GOMULKAs Sympathien sind jedoch eindeutig auf der Seite der Antiliberalen.

In dieser Situation ist es von Bedeutung, daß eine Anzahl von wichtigen Positionen in der Partei und der Regierung von Männern besetzt werden, die man als gemässigt kennt, die nicht viel von der Scharfmacherei halten. Die Anzahl dieser Männer in der Partei- und Regierungsspitze wird immer geringer. RAPACKI zählte zu ihnen und sein möglicher, durch die Krankheit erzwungener Abgang bedeutet fast eine Katastrophe für alle diejenigen, welche eine Rückkehr zu den allzu autoritären Regierungsmethoden als nicht wünschenswert betrachten.

In der jetzigen Parteispitze besteht die Mehrheit aus Männern, die entweder von GOMULKA "gemacht", also von ihm völlig abhängig sind, oder die mit dem autoritären Trend in der Partei sympathisieren. Diejenigen die von GOMULKA im gewissen Sinne unabhängig sind und gemässigte Tendenzen vertreten, wie z.B. der Staatspräsident OCHAB und RAPACKI, gehören einer Minderheit an.

Für RAPACKI als Außenminister gibt es keinen Nachfolger von gleichem oder ähnlichem Format. Wenn der Minister zum Rücktritt gezwungen wird, wird sein Amt höchstwahrscheinlich der jetzige amtierende Leiter des Ressorts, Marian NASZKOWSKI, übernehmen. NASZKOWSKI ist für viele Beobachter der Entwicklung in Polen ein Rätsel, weil man nicht recht weiß, welche Positionen er eigentlich einnimmt.

aus dem internen Kampf der Parteifraktionen hielt sich dieses ZK-Mitglied heraus, niemand aber würde in ihm einen verkappten "Liberalen" sehen. Als Außenminister würde NASZKOWSKI in der Anonymität aller anderen Außenminister der volksdemokratischen Staaten verschwinden. Ihre Namen kennt ein durchschnittlicher Zeitungsleser im Westen nicht. RAPACKI war hier eine Ausnahme und es war wohl auch kein Zufall.

RAPACKI konnte sein Ministerium dem Zugriff der Partisanen und anderer Neostalinisten erfolgreich entziehen. Nach seinem möglichen Rücktritt würde zweifellos ein Machtkampf um die Einflüsse in diesem nicht unwichtigen Ressort entflammen. Der ehrgeizige Innenminister und Chef der Sicherheitspolizei, General Mieczyslaw MOCZAR, verlangt schon seit langem eine verschärfte Kontrolle über die Personalpolitik des Außenministeriums und beruft sich dabei auf die Interessen der Sicherheit des Staates. Zweifellos würden die "Partisanen", deren Chef MOCZAR ist, einen einflußreichen Posten im Außenministerium beanspruchen um diese Kontrolle besser ausüben zu können. RAPACKI hat es ihnen bisher verwehrt.

Ständig bedroht von einer neuen Personalpolitik ist der zweite Stellvertreter RAPACKIs, der Vizeminister Jozef WINIEWICZ, ein außergewöhnlich begabter Fachmann, der das Kunststück fertigbrachte, seit zehn Jahren als Parteiloser diesen hohen Posten zu behalten. Außer ihm würden die meisten hohen Funktionäre des Ministeriums gehen müssen. NASZKOWSKI hat weder Einfluß noch Charakter genug, für sie einzustehen.

Die Neostalinisten kontrollieren heutzutage vollständig das Innenministerium und weitgehend das Verteidigungsministerium. Sollte es ihnen gelingen, ihre Kontrolle auch auf das Außenministerium auszudehnen, so würde das die Position des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ entscheidend schwächen.

Von seinen sechs Stellvertretern zählen vier zu den Neostalinisten. Sie kontrollieren vor allem den Wirtschaftsapparat. CYRANKIEWICZ gilt zwar allgemein als bequemer Opportunist, aber er wird von den Antiliberalen erbittert beföhdet, was seine Haltung bis zu einem gewissen Grade determiniert.

GOMULKA regiert eine durch interne Machtkämpfe zerrissene Partei. Um seine Position als Parteichef zu halten, darf er keine der streitenden Fraktionen zu stark werden lassen. Seit Sommer 1963 bemüht er sich also, ein Gleichgewicht der Kräfte in der Partei zu erhalten. Ein Ausscheiden des Ministers RAPAČKI aus der Regierung und der Parteispitze würde dieses mühsam erzielte Gleichgewicht wieder stören. Die Folgen dieser Störung würden für die politische Entwicklung in Polen bestimmt nicht günstig sein.

2) Sowjetischer Besuch in Polen

In der ersten Dekade des Monats April fand ein offizieller sowjetischer Partei- und Regierungsbesuch in Polen statt. Er war nicht so ausgedehnt wie der letzte offizielle Besuch CHRUSCHTSCHOWS, hinterließ aber ein konkretes Ergebnis: Einen neuen polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Bündnisakt.

Der alte Pakt ist vor 20 Jahren, im April 1945 abgeschlossen worden und lief jetzt ab. Der Pakt von 1945 wurde von BIERUT und STALIN in Moskau unterzeichnet. Zwanzig Jahre später bemühten sich die führenden Männer der UdSSR nach Warschau. Damit sollte optisch das Bild voller Gleichberechtigung entstehen.

"Die Sowjetunion", - schrieb die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 5. April, dem Tag der Ankunft der sowjetischen Gäste, " hat entscheidend dazu beigetragen, die Grenzen unseres Staates an Oder und Neisse sowie der Ostsee zu festigen.

Die sowjetische Weltmacht schirmte Volkspolen vor dem Druck des Imperialismus ab und garantierte die Sicherheit unseres Landes. Das Bündnis mit Polen und anderen sozialistischen Ländern vergrößerte auch die Sicherheit der Sowjetunion und erweiterte die Möglichkeiten des Sowjetstaates und aller sozialistischen Länder, den Lauf der Geschehnisse in der Welt zu beeinflussen."

GOMULKA legte Wert darauf nicht als Stallit, sondern als Partner aufzutreten. Der polnische Parteichef wollte aber auch nicht den Eindruck erwecken, daß die im Vergleich zur stalinistischen Ära erfolgte Verschiebung der Akzente eine Verselbständigung im rumänischen Stile sei. In der "Trybuna Ludu" heißt es:

"Die brüderliche Freundschaft und das enge Bündnis mit der Sowjetunion ist und bleibt das Grundprinzip unserer Politik. Die jetzt im Westen unternommenen Versuche, unsere Zusammenarbeit zu lockern, sind aussichtslos, sind zum Mißerfolg verurteilt."

Nach Ansicht informierter Kreise gibt es in Polen gewisse Kräfte, die das rumänische Beispiel mit Interesse und Sympathie betrachten. GOMULKA läßt aber diese Kräfte nicht zu Wort kommen, und zwar aus zwei Gründen: Einmal verurteilt er die rumänischen Alleingänger als Verstoß gegen die Einheit des kommunistischen Lagers, zum anderen glaubt er auch nicht, daß in der geopolitischen Lage Polens solche Emanzipationsversuche erfolgreich sein könnten. Diejenigen, die dem rumänischen Beispiel in Polen folgen möchten, betrachtet er als unreife "Nationalisten".

Die neuen sowjetischen Führer im Kreml wissen, daß sie in GOMULKA einen zuverlässigen Verbündeten haben, der zwar die Respektierung eines gewissen Masses der polnischen nationalen Interessen erwartet, der aber jeder Zeit bereit ist, eigene Interessen den übergeordneten Interessen der ganzen kommunistischen Bewegung zu opfern.

Solche Verbündete hat Moskau nicht mehr in größerer Anzahl. Die Sowjets wissen deshalb die polnische Haltung zu schätzen. Nach einer gewissen Zurückhaltung, die dem Sturz CHRUSCHTSCHOWs folgte, ist der Kreml heute bemüht, die Bündnistreue GOMULKAs durch ständige Konsultationen des polnischen Verbündeten zu honorieren.

Die Voraussetzungen für ein gutes Einvernehmen zwischen Warschau und Moskau sind heute günstiger als in den letzten Monaten der CHRUSCHTSCHOW-Ära, denn GOMULKA hatte starke Bedenken gegenüber der damaligen sowjetischen China-Politik. Diese Bedenken wurden von BRESCHNJEW und KOSSYGIN zerstreut. GOMULKA kann sich mit der zurückhaltenden sowjetischen Taktik in der China-Frage völlig solidarisieren. Das bestätigte ausdrücklich der sowjetische Premier KOSSYGIN in seiner Rede in Breslau, als er sagte:

"... Wir besprachen auch die Probleme der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir freuen uns sagen zu können, daß in allen diesen Angelegenheiten die Ansichten der sowjetischen Delegation und der polnischen Vertreter völlig übereinstimmend sind."

Wenn man die zahlreichen Reden vergleicht, die während des sowjetischen Besuches in Polen gehalten wurden, fällt auf, daß die sowjetischen Führer mit einer so ausgesuchten Ehrerbietung von ihrem polnischen Gesprächspartner sprachen, daß sie darin sogar den Gastgeber um eine Nuance übertroffen haben. Bei den Treffen zwischen GOMULKA und CHRUSCHTSCHOW war das eher umgekehrt.

Einer der Hauptpunkte des neuen Abkommens war die Frage der polnisch-deutschen Grenze. Dementsprechend viel Platz nahm in den offiziellen Ansprachen die deutsche Frage ein. Besonders bei GOMULKA.

"Unser Abkommen", so betonte der polnische Parteichef bei der Massenkundgebung in Warschau, "hat einen Verteidigungscharakter. Friedenspolitik treiben wir auch gegenüber der Bundesrepublik."

Aber obwohl seit dem Kriegsende zwanzig Jahre vergangen sind, wurde ein Friedensvertrag mit Deutschland nicht unterzeichnet und es ist auch nicht zu erwarten, daß er in absehbarer Zeit zustandekommen wird. Der Hauptgrund dafür liegt in der Tatsache, daß die Westmächte in Westdeutschland den Militarismus wiederhergestellt haben und ihn in einen imperialistischen Block einbezogen haben, der gegen die sozialistischen Staaten gerichtet ist.

Im Rahmen dieses Blockes nimmt die Bundesrepublik einen besonderen Platz ein. Sie sagt offen, daß sie die Ergebnisse des 2. Weltkrieges annullieren und den status quo in Europa revidieren will. Sie will die DDR verschlingen und spricht dabei vom Recht auf die Wiedervereinigung. Sie will die Grenzen des Jahres 1937 wiederherstellen und spricht vom Recht auf Selbstbestimmung. Sie will über Atomwaffen verfügen und nennt es Recht auf Selbstverteidigung...

Die deutschen Imperialisten, Erben der Traditionen des Dritten Reiches, berufen sich also heute, um ihre aggressiven Ziele und Forderungen zu rechtfertigen, ganz zynisch auf alle die Rechte, die sie allen ihren Nachbarn nicht zugestehen wollten, welche sie als Angreifer und Eroberer brutal vergewaltigt haben. In dieser Lage ist das polnisch-sowjetische Bündnis heute ebenso wie in der Vergangenheit, die wichtigste Garantie unserer Sicherheit und der friedlichen Arbeit unseres Volkes."

Das am 9. April unterzeichnete Abkommen besteht aus einer Präambel und neun Artikeln. Artikel fünf hat folgenden Wortlaut:

"Die hohen Vertragspartner werden unverändert auf eine friedliche Entwicklung in Europa hinarbeiten und stellen erneut fest, daß einer der Grundfaktoren der europäischen Sicherheit die Unantastbarkeit der Staatsgrenze der Polnischen Volksrepublik an der Oder und Lausitzer Neiße ist."

Das polnisch-sowjetische Abkommen wurde von der polnischen Publizistik als ein Ereignis von außergewöhnlicher Bedeutung hervorgehoben, besonders die im Artikel fünf enthaltenen Feststellungen stellten alle Kommentatoren heraus.

Die Erklärung der deutschen Bundesregierung zum sowjetisch-polnischen Abkommen wurde von den Polen scharf zurückgewiesen. Am 21. schrieb "Trybuna Ludu":

"In der Erklärung der Bundesregierung, die sich auf das polnisch-sowjetische Abkommen bezieht, wird die bekannte revisionistische und revanchistische Haltung bekräftigt. Zwar betont man, wie üblich, daß 'die Lösung des Grenzproblems nur mit friedlichen Mitteln' erfolgen soll, aber diese einschläfernde Beteuerung kann niemanden in Polen und anderswo irreführen. Die Welt denkt an den atomaren Appetit der Bundeswehrgeneräle. Die Erklärung der Bundesregierung bestätigt unbeabsichtigt die Notwendigkeit eines solchen Abkommens..."

Einige Tage früher, am 17. April, schrieb aus dem gleichen Anlaß "Zycie Warszawy":

"Zwanzig Jahre nach der Niederwerfung des Dritten Reiches stellt die Regierung eines der beiden deutschen Staaten mit zynischer Offenheit fest, daß sie die Folgen der damals erlittenen Niederlage nicht anerkennt und 'verwahrt sich ausdrücklich'.

Alle Völker der damaligen Koalition gegen Hitler, die so große Opfer für die Schaffung des neuen Europa dargebracht haben, sollten diese Erklärung mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen. Für Polen ist diese letzte Erklärung der Bundesregierung nur ein zusätzlicher Beweis, daß es richtig und notwendig war, ein Abkommen mit der Sowjetunion abzuschließen."

3) Kritik an der Politik der Labour-Regierung

Der Wahlsieg der Labourparty und die Bildung der Wilson-Regierung in Großbritannien waren zunächst in Warschau positiv aufgenommen worden. Die bisherigen polnisch-britischen Beziehungen waren schon nicht unfreundlich gewesen, obwohl sie sich hauptsächlich auf den Ausbau des Außenhandels und auf einen intensiven kulturellen Austausch beschränkt

Für politische Initiativen Warschaus gab es damals wenig Raum auf der Insel. Das hoffte die polnische Regierung nach dem Laboursieg ändern zu können.

Ein Zeichen für die geplante Intensivierung der politischen Kontakte Polens zu Großbritannien war schon die Nominierung eines neuen Botschafters in London. Warschau ernannte Jerzy MORAWSKI, der bis November 1959 Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär war. Vor Antritt seines Postens in London wurde der neue Botschafter demonstrativ vom Parteichef GOMULKA empfangen. Dies geht über die üblichen Gepflogenheiten hinaus. Normalerweise werden abreisende Botschafter vom Staatsratsvorsitzenden und Außenminister empfangen. Die Auszeichnung eines Abschiedsempfanges durch GOMULKA kam bis jetzt ausschliesslich den polnischen Botschaftern in Moskau zu.

Die Hoffnungen Warschaus auf eine neue Phase der britisch-polnischen Beziehungen haben sich nicht erfüllt. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" richtete am 28. April erstmals scharfe Angriffe gegen die Außenpolitik der Labourregierung.

"Wenn wir die Politik der Labour-Regierung in der Schlüsselfrage der Sicherheit Europas betrachten, so kommt man nicht um die Feststellung herum, daß im Vergleich zu der Politik anderer westeuropäischer Regierungen in letzter Zeit eine rückschrittliche Entwicklung zu verzeichnen ist. Das ist umso bemerkenswerter, da gerade Großbritannien umfangreiche Vorteile aus einer Entspannungspolitik, aus der Besserung der Beziehungen zu sozialistischen Staaten, aus der friedlichen Koexistenz ziehen könnte...

Infolge einer vollständigen Unterstützung der amerikanischen Aggression verpasste die britische Regierung die Chance, die Rolle eines ehrlichen Maklers zu spielen."

Das polnische Blatt verweist darauf, daß seinerzeit Premier ATLEE den Präsidenten TRUMAN vor der Ausweitung des Koreakrieges gewarnt hatte. "Warum weist die jetzige Labour-Regierung nicht ebenso viel Mut auf?" - fragt "Trybuna Ludu".

In Warschau betrachtet man die jetzige britische Regierung jedoch nicht als "unverbesserlich":

"Wir werden geduldig die weitere Politik der britischen Regierung betrachten und nicht die Hoffnung verlieren, daß sie eines Tages unter dem Druck der Wirklichkeit zu einer konstruktiven Politik zurückkehrt. Wir meinen eine Rückkehr zu den Grundsätzen und dem Programm der von den Labour-Politikern verkündeten internationalen Politik. Wir sprechen von dieser Hoffnung nicht aus Gründen der banalen Höflichkeit. Polen legt großen Wert auf seine Beziehungen zu Großbritannien und mißt ihnen große Bedeutung bei. Und zwar nicht nur den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, sondern auch den politischen."

4) Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Der prominenteste aller ehemaligen KZ-Häftlinge von Auschwitz ist wohl der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, der in diesem schrecklichsten aller Todeslager Hitlers fast fünf Jahre seines Lebens verbrachte und einer der Organisatoren der Widerstandsbewegung im Lager war. Deshalb gilt er nach wie vor als Sprecher der ehemaligen KZ-Häftlinge. Mit dreimonatiger Verspätung beging man in Polen den XX. Jahrestag der Befreiung des Lagers. Auch bei diesem Anlaß war der polnische Premier der Hauptredner. Er sagte:

"Zwölf Jahre dauerte die Hitlerdiktatur. Fünfeinhalb Jahre davon waren Krieg, in dem sich die Nazipost über ganz Europa ausbreitete. Während dieser ganzen Periode der Krematorien fanden sich im deutschen Volke keine ausreichenden Kräfte, die sich den Bestialitäten der braunen Diktatur wirksam entgegenstellten. Die meisten kampffähigen und kampfbereiten Gruppen des deutschen Widerstandes wurden gleich nach der Machtübernahme durch Hitler ausgeschaltet. Die besten Antifaschisten fanden sich in den deutschen KZ-Lagern wieder. Das waren unsere Kameraden im Lager -

deutsche Kommunisten und Demokraten, die von Namen wie Thaelmann und Ossietzky repräsentiert wurden...

Es fällt dagegen schwer, jene Gruppen und Grüppchen ernst zu nehmen, die unfähig und ohne Überzeugung gegen Hitler zu konspirieren versuchten, um Hitler durch einen anderen zu ersetzen und weiterhin den imperialistischen Krieg des Dritten Reiches, hauptsächlich gegen den Osten zu führen...

Es muß also klar gesagt werden: Das deutsche Volk verdankt die Befreiung von dem Nazijoch nicht sich selbst, sondern dem Sieg der Alliierten über das Dritte Reich. Millionen sowjetischer, britischer, amerikanischer, französischer, polnischer und anderer Soldaten mußten ihr Blut opfern, um das von Hitler geschaffene Instrument der Eroberung zu zerschlagen. Man kann sicher sagen: Wenn es so nicht gekommen wäre, würde das Dritte Reich heute noch existieren. Und dann würden nicht nur Figuren vom Schlage eines Oberländer oder Globke, sondern viele heute ach so ehrenwerten Personen anstatt im Bundestag oder sonstwo über freie Welt oder Demokratie zu predigen - die braunen Mörder und Kriegsverbrecher eifrig besingen. Und andere würden weiterhin hinter dem Ozean im Exil leben müssen, anstatt, wie sie das heute tun, Ritter des kalten Krieges zu spielen...

Die Deutsche Bundesrepublik kann und will nicht mit der Vergangenheit brechen, die sie mit dem Hitlerreich verbindet, obwohl sie sich ein demokratischer und parlamentarischer Staat nennt. Es kann nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß die Verlängerung der Verjährungsfristen (der Naziverbrechen) nur durch den einstimmigen Protest der gesamten Welt zustande gekommen ist. Wir wünschen dem deutschen Volk, daß seine junge Generation nicht dazu verurteilt wird, mit den Mördern zusammen zu leben, wie das die feigen und unmoralischen Politiker der Bundesrepublik wünschen."

5) LENIN heute

Das Parteiorgan "Trybuna Ludu" schrieb am 22. April zum 95. Geburtstag LENINS:

"Der Marxismus war für ihn niemals eine Sammlung fertiger Denkformen... Niemand wußte es besser als Lenin, daß die Wahrheit des Lebens immer tiefer und vielseitiger ist als die Theorie des gestrigen Tages...

Mit größten Respekt betrachtete Lenin die Lehre von Marx und Engels. Aber niemand ist mit solchem Mut daran gegangen, eine neue Revolutionstheorie aufzustellen, die den Erfordernissen der neuen Zeit entsprach und die marxistische Lehre bereicherte und weiterentwickelte."

Auch die Lehre LENINS soll den sich ständig ändernden Erfordernissen der Zeit angepaßt und auf diese Weise "bereichert" werden. Das polnische Blatt stellt sich auf die ideologische Linie der KPdSU, wie sie schon unter CHRUSCHTSCHOW formuliert und von seinen Nachfolgern nicht desavouiert wurde.

Bezeichnenderweise betont das polnische Parteiblatt, daß LENIN "Nationalismus und Großmachtbestrebungen, ein Volk höher als die anderen zu stellen, völlig fremd waren."

"Der Marxismus-Leninismus ist eine universelle Lehre. Dieser Universalismus hat jedoch mit dem blinden Streben nach Nivellierung aller nationalen Besonderheiten und Unterschiede bei den revolutionären Kämpfen und beim sozialistischen Aufbau nichts gemeinsames. Im Gegenteil, die Universalität des Marxismus-Leninismus wird auf der Basis der Verschiedenartigkeit des Lebens, der Traditionen, der menschlichen Interessen und Möglichkeiten verwirklicht. Nicht für alle im marxistischen Lager war das klar. Für Lenin war das immer selbstverständlich."

6) Unterschlagene Statistik

Am 2. April veröffentlichten die polnischen Zeitungen die neuesten Angaben der offiziellen Polnischen Presseagentur PAP über die Zusammensetzung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Am 31. Dezember 1964 zählte die PZPR 1.640.000 Mitglieder und Kandidaten. Während des vergangenen Jahres vergrößerte sich die Mitgliederzahl um 146.000, also ca. 9 %.

Interessant ist die Tatsache, daß das amtliche Parteiorgan die Meldung von PAP nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht hat. In "Trybuna Ludu" heißt es nur, daß "die soziale Zusammensetzung der Partei sich weiter verbesserte. Beweis dafür die Erhöhung der Zahl von Arbeitern und Bauern unter den Parteimitgliedern".

Das offiziöse Massenblatt "Zycie Warszawy" gibt im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei genauere Angaben: "Die Zahl der Arbeiter in der Partei beträgt 659.000, also 40,2 %".

"Trybuna Ludu" ist offensichtlich die Tatsache unbequem, daß in seiner Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, die Arbeiter nur eine Minderheit bilden. Die Vertreter der "werktätigen Intelligenz" in der Partei, wozu neben Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und Technikern auch die leitenden Funktionäre des Staates, der Partei und der Wirtschaft gehören, stellen wesentlich mehr Parteimitglieder, nämlich über 800.000.

II. WIRTSCHAFT UND VERSCHIEDENES

1) Viel Sorgen mit dem Handwerk

In der letzten Zeit widmet man in Polen den Problemen des Handwerks sehr viel Interesse. Dafür gibt es zwei Gründe: Durch die Schaffung neuer Handwerksbetriebe will man auf billigere Weise neue Arbeitsplätze schaffen und dadurch die zur einer ernststen Gefahr heranwachsende Arbeitslosigkeit mildern. Weiter soll der Ausbau der Handwerksbetriebe eine Besserung auf dem Gebiete der Dienstleistungen bringen und auf diese Weise das Leben in den kleineren Städten erträglicher machen.

Durch zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien will man günstige Voraussetzungen für den Ausbau der handwerklichen Unternehmen schaffen. Neue Betriebe, die in Kleinstädten entstehen, geniessen Steuererleichterungen, Mieten für Gebäude und Pacht für Grundstücke wurden herabgesetzt. Die in der Werkstatt ausgebildeten Gesellen sollen zwei Jahre lang nach Beendigung der Lehre nicht als Arbeitskräfte angerechnet werden. Dadurch können die Betriebe des Handwerks, für die bestimmte Beschäftigtenzahlen vorgeschrieben sind, mehr Kräfte als früher einsetzen. Selbständige Handwerker und Mitglieder von Handwerergenossenschaften kommen ab 1965 in den vollen Genuß der gesetzlichen Sozialversicherung.

Diese neue Einstellung des kommunistischen Regimes zum Handwerk hat jedoch nicht die erwartete schnelle Wende gebracht. Die Zahl der Handwerksbetriebe wächst nur langsam. "Trybuna Ludu" widmet diesem Problem am 8. April längere Betrachtungen und gibt der Enttäuschung über die schwachen Auswirkungen der neuen Maßnahmen offen Ausdruck.

Aus dem Bericht des Blattes geht allerdings hervor, daß die Situation sich in den Wojewodschaften Polens verschieden entwickelt. Es gibt "gute"

Bezirke, in denen die Zahl der Handwerksbetriebe um 10 % zugenommen hat,

und "schlechte", in denen sie sogar noch abnahm. Das Blatt fragt, warum in einigen Gebieten Polens die neuen Maßnahmen zu Erfolgen führen, während in anderen Gebieten der Rückgang anhält. Es kommt zu der Schlußfolgerung, daß dies wohl weitgehend von dem Verhalten der örtlichen Verwaltungsbehörden abhängen müsse. Als "gut" würden häufig noch jene Volksräte (örtliche Verwaltungsbehörden) angesehen, die die Entwicklung des Handwerkes nicht bremsen. Von solchen, die bei der Gründung der neuen Handwerksbetriebe behilflich sind, höre man wenig.

Die Haltung der mittleren und unteren Partei- und Verwaltungsinstanzen zum Handwerk widerspiegelt die Tatsache, daß sich im Parteiapparat noch viele Altstalinisten befinden, die in vielen Fragen des täglichen Lebens die Parteilinie nach alten Überzeugungen und Gewohnheiten interpretieren. Diese Funktionäre sabotieren - manchmal sogar unbewußt - die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Der Parteiführung unter GOMULKA ist es nicht gelungen, diesen Funktionären klarzumachen, daß sie gewisse Richtlinien nicht nur zu Propagandazwecken erläßt. Man geht deshalb verstärkt dazu über, wendige junge Leute an die entsprechenden Stellen zu bringen, aber der Prozeß der Verdrängung der Alten aus dem Partei- und Verwaltungsapparat wird noch Jahre dauern. Bis dahin werden die zentralen Behörden weiter Schwierigkeiten haben, neue Gedanken durchzusetzen.

2) Bevölkerungsstatistik

Nach den Angaben des statistischen Amtes betrug die Bevölkerung Polens am 1. Januar 1965 31.339.000 Einwohner. Der Geburtenüberschuß betrug für das Jahr 1964 10,2 Promille (im Vorjahr 11,5 Promille). Der Überschuß ist höher auf dem Lande (12,4 Promille), als in den Städten (8,5 Promille). Die sinkende Bevölkerungszunahme erlaubt die Hoffnung, daß man in Polen

gewisse schwierige Probleme (z.B. Wohnungsfrage) mit der Zeit leichter lösen kann, vorausgesetzt natürlich, daß diese Tendenz sich hält.

In den letzten Jahren erreichten die schwächeren Kriegsjahrgänge das Heiratsalter. Bald werden aber die zahlenmässig sehr starken Jahrgänge der ersten Nachkriegszeit heranwachsen. Polnische Statistiker befürchten eine zweite Welle der demografischen "Explosion".

Die Zahl der Stadt- und Landeinwohner hat sich fast schon ausgeglichen (15,5 Mio in der Stadt und 15,8 auf dem Lande). Noch im Jahre 1931 betrug der Anteil der Landbevölkerung ca. 73 %. Im Jahre 1970 wird der Anteil der Dorfbevölkerung nur 46 % betragen.

Manche Statistiker sehen schon heute die ersten Anzeichen einer Landflucht, die sich ungünstig auf die Entwicklung der Landwirtschaft auswirken kann. Man spricht davon, daß in Zukunft die Städte nur die überschüssigen Arbeitskräfte der Dörfer aufnehmen sollten. Alle, denen es möglich sei, sollten auf dem Lande bleiben. Mit administrativen Mitteln kann man aber dem Problem der Landflucht nicht begegnen. Eine Erhöhung des Lebensstandards auf dem Lande wäre das einzige wirksame Mittel.